



Niedersächsischer Landtag

Heiner Schönecke

Mitglied der CDU-Landtagsfraktion

Vorsitzender Haushaltsrechnungsausschuss

NIEDERSACHSEN NACH VORNE BRINGEN



CDU

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Die diesjährige Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion fand wieder auf Norderney statt.

Der richtige Ort um sich frischen Wind um die Ohren wehen zu lassen und damit Platz für neue Ideen für Niedersachsen zu machen.

Ein bestens motivierter Spitzenkandidat Bernd Althusmann Präsentierte seine Überlegungen für die Zeit nach der Wahl am 14 Januar 2018.

Unter der Überschrift „[Besser Lernen für Niedersachsens Zukunft](#)“ stellte Althusmann seine schulpolitischen Grundsätze vor.

1. Vorfahrt für Unterricht - Garantiert!
2. Inklusion heißt: Jedes Kind auf seinem Weg zum Bildungserfolg führen!
3. Unsere Schulen brauchen Ruhe - und gute Lehrkräfte!
4. Leistung wird sich wieder lohnen!
5. Selbstbestimmtes Denken und Handeln in der digitalisierten Welt!
6. Frühkindliche Bildung ohne Elternbeiträge verbessern!
7. Guter Schulstart für alle Kinder mit starken Grundschulen im ganzen Land!
8. Die Vielfalt unseres Schulsystems bietet allen eine Chance!
9. Berufliche Bildung als Garant für die Sicherung des Fachkräftemangels!
10. Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt - Fachkräftezuwanderung nutzen!

Die niedersächsische Wissenschaftsministerin Gabriele Heinen-Kljajić fordert jetzt, gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Landeshochschulkonferenz Wolfgang Uwe Friedrich, dass die Abbrecherquote der niedersächsischen Studenten gesenkt werden muss. Das zeigt deutlich, es läuft etwas schief in Niedersachsen. In der niedersächsischen Bildungspolitik wurde über Jahre die hohe Abbrecherquote in den MINT-Fächern nicht zur Kenntnis genommen. Eine neue Vereinbarung (siehe Artikel: MINT-Vereinbarung: Dokument des Versagens) ist nur ein schwacher Anfang.

Die CDU mit Bernd Althusmann hat die besseren Vorschläge. Die Informatik-Initiative ab der 5. Klasse ist die richtige Antwort auf die verlorenen Jahre von Rot-Grün. Mit der Zukunftswerkstatt in Buchholz sind wir im Landkreis Harburg auf einem sehr guten Weg. Vom Land erwarten wir die notwendige Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen aus Hannover

Heiner Schönecke, MdL

Der Spruch am Anfang

SPD und Grüne haben sich daran berauscht, dass sie regieren dürfen aber Niedersachsen hat es erkannt, sie können es nicht.

Dr. Bernd Althusmann (CDU) , CDU Parteivorsitzender und Spitzenkandidat
auf der Klausurtagung auf Norderney

Hannover ignoriert Hilferuf der Polizei

Noch immer, fast 5 Wochen später, gibt es keine Reaktion aus Hannover auf die Stellungnahme der Polizeigewerkschaften des LK Harburg vom 18-04-2017 gibt.

Die öffentliche Diskussion und die mediale Wirkung des Schreibens waren groß und die Wellen schlugen bis nach Hannover. Unter großem Zeitdruck mussten Mitarbeiter der zuständigen Behörden und des Ministeriums die Zahlen verifizieren.

Die Polizeigewerkschaften des LK Harburg haben sich jetzt erneut mit einem offenen Brief an die Politik gewandt. Diesmal an den Polizeipräsidenten der Polizeidirektion Lüneburg.

Die Vorsitzenden der drei Polizeigewerkschaften beklagen sich, dass es trotz der intensiven Arbeit zu keinem für sie nachvollziehbarem Ergebnis und noch nicht einmal zu einer grundsätzlichen Anerkennung des Rückstandes der PD Lüneburg gekommen ist.

Es fehlt ein vernünftiges Personalentwicklungskonzept, dass die Polizei dauerhaft stärkt. Die CDU hat deshalb bereits im Januar 3000 zusätzliche Stellen bei der Polizei gefordert.

Jetzt plant Innenminister Pistorius eine Umstrukturierung der Polizei. 170 Polizisten der Bereitschaftspolizei sollen auf die Fläche verteilt werden. Das gleicht dem Zerren an einer zu kurzen Bettdecke.

Die bisherige Untätigkeit und Fehlplanungen des Innenministeriums sind mal wieder bestätigt. Das ist nicht akzeptabel.

Das ist Flickschusterei. Statt 170 Stellen bei der ohnehin stark belasteten Bereitschaftspolizei zu streichen, sollte die Landesregierung endlich mehr Stellen schaffen. Zu erklären, dass die Bereitschaftspolizei trotz der nun entstehenden Personallücke nahezu unverändert einsatzbereit bleibe, ist mit Blick auf kommende Ereignisse, wie etwa den G20-Gipfel, eine Farce.

MINT-Vereinbarung: Dokument des Versagens

Wissenschaftsministerium und Landeshochschulkonferenz wollen die hohe Zahl der Studienabbrecher in MINT-Fächern senken. Dazu haben beide Seiten eine Vereinbarung unterzeichnet.

Über 350.000 Besucher kamen im Jahr 2015 zur Ideenexpo nach Hannover. In knapp zwei Wochen startet die nächste Ideenexpo auf dem Messegelände. Die hohe Zahl der Besucher

macht jedes Mal wieder deutlich: Es gibt durchaus ein großes Interesse bei den Schülern an Naturwissenschaften und Technik. Dennoch sind wir offenbar nicht in der Lage, genügend MINT-begeisterte junge Menschen zu erfolgreichen MINT-Studenten zu machen. Irgendwo zwischen Null-Bock-auf-Mathe-Unterricht in der Schule und ersten Frusterlebnissen an der Hochschule gehen zu viele begeisterungswillige und begeisterungsfähige junge Leute verloren.

Die gestern von Wissenschaftsministerium und Landeshochschulkonferenz unterzeichnete Vereinbarung wird damit zu einem Dokument des Versagens. Dass ein Papier mit so profanen Punkten wie „abgestimmten Informationsvideos“ oder Studiengangskoordinationen“ überhaupt nötig und dann auch erst im Jahr 2017 unterzeichnet wird, macht nur das jahrelange Versagen von Hochschulen und Politik deutlich.

Die Hochschulen „können daran arbeiten, die hohen Abbrecherquoten zu senken, indem sie entsprechende Unterstützungsangebote wie Brückenkurse oder Mentoringprogramme anbieten“, heißt es in einer Studie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft, der darin zum Beispiel Schul-/Hochschulkooperationen oder sogar MINT-Konzepte für eine Fernsehserie aufzählt. Das Papier ist aus dem Jahr 2011. Schon wieder sind sechs Jahre vergangen. An den Abbrecherquoten hat sich nicht viel verändert.

Die Kritik am Zeitpunkt macht die zwischen Ministerium und Hochschulkonferenz vereinbarten Maßnahmen nicht falsch. Natürlich ist eine bessere Unterstützung von Erstsemestern und eine bessere Beratung von jungen Menschen vor der Aufnahme des Studiums sinnvoll. Zu denken gibt allerdings die Kritik von Wissenschaftsministerin Gabriele Heinen-Klajic an der Schulbildung. Die Kritik der Hochschulen an den Mathematikkenntnissen der Schüler bezeichnete die Ministerin als berechtigt. Es habe sich in der Vergangenheit an der einen oder anderen Stelle ein Curriculum entwickelt, welches vielleicht doch an den Anforderungen für ein Studium vorbeigehe, sagte sie. Das Curriculum legen aber nicht die Schulen fest.

Auch hier hätte eine Landesregierung, schon längst das Heft des Handelns in die Hand nehmen können. Wenn wir Deutschen etwas machen, dann machen wir es gründlich. Und dann kann es auch einmal länger dauern. Die Herausforderung der Digitalisierung liegt aber nun einmal darin, dass uns die Veränderungen in einem ungewohntem Tempo erreichen. Das kann man beklagen, aber man kann es nicht negieren. Insofern ist es fahrlässig, dass die hohe Zahl der Studienabbrecher in den MINTFächern über zu viele Jahre hinweg politisch nicht angepackt wurde. Bräsigkeit hat keine Zukunft mehr. Es ist deshalb sehr zu hoffen, dass die Vereinbarung nun positive Folgen auf die Abbrecherquote haben wird. Eine weitere Phase der Talent-Vergeudung kann sich dieses Land der Ideen nicht leisten.

Ein Kommentar von Martin Brüning / Rundblick

Das Versagen von Rot-Grün in Zahlen

CDU-Fraktion stellt „Flop 10“ der Landesregierung vor

[10 Flops - das Versagen der Landesregierung](#)

CDU-Fraktion will Ghetto-Bildung in Städten verhindern

Hannover. Die CDU-Landtagsfraktion hat die rot-grüne Landesregierung in einem Entschließungsantrag aufgefordert, unverzüglich eine Wohnsitzauflage für Flüchtlinge einzuführen. Vor dem Hintergrund des Hilferufs des Oberbürgermeisters von Salzgitter, wo sich mittlerweile über 5.000 Flüchtlinge niedergelassen haben, sagt Angelika Jahns, innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion: „Wir beobachten eine enorme Konzentration vor allem syrischer Flüchtlinge in größeren Städten. Durch ungesteuerten Zuzug nach Salzgitter, Wilhelmshaven und Delmenhorst drohen dort regelrechte Parallelgesellschaften. Das Land darf die Städte bei der Bewältigung dieses Problems nicht alleine lassen.“ Bereits im Januar 2016 hatte Ministerpräsident Weil eine Residenzpflicht für Flüchtlinge gefordert, eine entsprechende Gesetzesänderung des Bundes im vergangenen Sommer aber nicht umgesetzt. „Offenbar kann sich Weil nicht gegen seinen grünen Koalitionspartner durchsetzen“, so Jahns.

Die CDU-Innenexpertin weiter: „Dass sich Flüchtlinge dort niederlassen, wo sie sich Unterstützung durch Landleute erhoffen, ist menschlich verständlich. Doch so kann Integration nicht funktionieren. Segregation und Ghetto-Bildung können nicht im Interesse Niedersachsens und nicht im Interesse der Flüchtlinge selbst sein. Wir müssen die Flüchtlinge in unsere Gesellschaft aufnehmen. Das gelingt nicht, wenn wir sie durch Marktzwänge und scheinbar eigenes Interesse in Ghettos abschieben. Die Folgen der rot-grünen Integrationspolitik erleben wir in Salzgitter.“

Schon in den 90er Jahren habe sich eine Wohnsitzauflage als sinnvoll erwiesen – für die Spätaussiedler aus Russland. Jahns: „Dieses Regelungsinstrument gab den Kommunen Planungssicherheit, insbesondere in der Wohnungswirtschaft. Auch die Spätaussiedler selbst sagen, dass ihnen die Auflage eine Perspektive gegeben hat. Weil muss sich den Grünen endlich widersetzen.“

Der Spruch in der Mitte

„Die SPD muss sich komplett neu erfinden. Sie ist implodiert wie ein Fernseher. Das Gehäuse steht noch, aber es gibt kein Bild mehr.“

Renate Künast, MdB, Bündnis 90/Die Grünen
wann????, wo ????
aber zutreffend

Landesregierung muss endlich Farbe bekennen

Schon jetzt kommt es auf den Autobahnen im südlichen Hamburger Umland zu baustellenbedingtem Staus. Die A7 ist erst der Anfang, das wird sich im Sommer und Herbst fortsetzen.

Die CDU-Landtagsfraktion hat am 23. Mai 2017, auf ihrer Klausurtagung auf Norderney, einen Antrag beschlossen. Ziel des Antrages ist es, die Landesregierung dazu zu bringen, im Landtag die Benennung eines Baustellen- und Verkehrskoordinators zu beschließen. Die

Landräte der Landkreise Stade und Harburg unterstützen diesen Antrag.

Seit Monaten hatte Heiner Schönecke Anfragen gestellt und Briefe an Verkehrsminister Lies (SPD) geschrieben. Immer wieder hat der Minister es abgelehnt auch nur über eine solche Position nachzudenken. Ganz im Gegenteil er hält die momentane Vorgehensweise für ausreichend zielführend.

Der Antrag der CDU-Fraktion fasst das ganze Chaos noch einmal zusammen. Hamburg und Schleswig-Holstein arbeiten seit langem erfolgreich auf dem Gebiet zusammen. Niedersachsen hält an alten Gewohnheiten fest, obwohl sie genau wissen, dass es nicht funktioniert.

Es auch als eine Art von Daseinsvorsorge, Baustellen, Verkehrsführungen und andere zwischen den Ländern eng abzustimmen, gerade im Sinne der vielen Pendler. Darüber hinaus tragen die Unternehmen, die Wirtschaft insgesamt, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Hamburger Umlandes wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg der Region bei und erwarten zu Recht bei diesem Thema ein Entgegenkommen der Landesregierung."

Die niedersächsischen und die hamburgere Behörden und Institutionen sprechen sich zurzeit nur einmal im Jahr bei einem Koordinierungstermin ab. Die letzten Gespräche fanden am 5. November 2015 und am 9. November 2016 statt.

Ein darüber hinaus bestehender Verkehrs-Koordinierungskreis (VKK), der sich auf Minister, Senatoren- und Landratsebene mit den Vertretern der Landesbehörden für Straßenbau, der Bahn und der Polizei ein- bis zweimal im Jahr trifft, reicht nicht aus um die Situation zu beherrschen, das haben die Geschehnisse des vergangenen Jahres gezeigt.

Dr. Bernd Althusmann, CDU Spitzenkandidat hat dazu bereits Ausführungen in seinem Thesenpapier „Auf in die Gigabit-Gesellschaft“ gemacht. In der Koordinierungsstelle muss ein intelligentes und digitales Baustellenmanagement genutzt werden, um den Verkehr zu entlasten und Staus zu vermeiden. Verkehrsteilnehmer müssen möglichst frühzeitig auf Baustellen hingewiesen und ggf. umgeleitet werden. Auf der Grundlage erfasster Daten und weiterer Parameter, wie (Ferien-)Kalender, Reiseplanungen, Wetter, Fahrzeugmessungen usw., muss jede Bauphase und ihre Auswirkungen, wie z.B. einspurige Verkehrsführung oder Vollsperrung, im Internet dargestellt und in andere Verkehrsleitsysteme, ins-besondere Navigationssysteme in Kraftfahrzeugen, eingespeist werden. Die Datenerhebung und -verwaltung sowie deren Ausgabe sollte durch landeseigene Server-Dienste erfolgen. Darüber hinaus müssen die Kommunen angehalten und in die Lage versetzt werden, digitale Parkleitsysteme einzurichten. Das verkürzt die Parkplatzsuche und entlastet die Straßen.

"Kaum eine andere Region Niedersachsens weist eine so hohe Verkehrsbelastung auf wie das Hamburger Umland! Jede Baustelle belastet die Gemeinden in der Region zusätzlich! So manches Verkehrschaos hätte bei besserer Koordination auf niedersächsischer Seite verhindert werden können! Die noch amtierende Landesregierung muss endlich vom Wollen zum Handeln kommen! Die gemeinsame Landesplanung der Nordländer muss endlich mit Inhalt gefüllt werden", sagte Althusmann

Vermögenssteuer-Initiative wäre der Preis für Rot-Rot-Grün

Die beiden Linken-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl, Anje Stoeck (Winsen) und HansHenning Adler (Oldenburg) haben klar betont, nach dem 14. Januar für SPD und Grüne „kein bloßer Mehrheitsbeschaffer“ sein zu wollen.

Es gehe in einer möglichen rot-rot-grünen Koalition schon darum, die Programmatik zu verändern. Dazu könne eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer gehören, ein üppigeres Wohnungsbauprogramm und die Verstetigung von Mehrinvestitionen für Krankenhäuser. Die Linke will außerdem zwei zusätzliche Feiertage – den 8. März als Weltfrauentag und den 8. Mai als Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkriegs. Adler sagte, die Linke peile die „Verdoppelung“ des Ergebnisses der Landtagswahl von 2013 an – das wären dann 6,2 Prozent.

Gewerkschaftschefs zerpfücken das Wahlprogramm der Linken

Soll die Leiharbeit gesetzlich verboten werden? Müssen Militäreinrichtungen und Truppenübungsplätze geschlossen werden? Die Forderungen der Linkspartei im ersten Entwurf eines Programms für die Landtagswahl im Januar 2018 sind auf massive Kritik führender niedersächsischer Gewerkschafter gestoßen. Die Partei hatte die Vorsitzenden des DGB, Hartmut Tölle, und der Bildungsgewerkschaft GEW, Eberhard Brandt, zu einem „Großen Ratschlag“ nach Hannover eingeladen – also zu einer ersten Bewertung und Diskussion über die Ziele, die von einer Programmkommission aufgeschrieben worden waren. Endgültig soll das Programm am 20. Mai beschlossen werden. „Ich empfehle, das Papier völlig neu zu strukturieren. Es geht um ein Wahlprogramm, das die nächsten fünf Jahre skizzieren soll, nicht um ein Grundsatzprogramm“, sagte Tölle. Forderungen müssten „prägnanter formuliert“ sein und auch einen pragmatischen Politikansatz erkennen lassen. „Man darf die Anforderungen an einen Politikwechsel nicht zu hoch hängen, sonst verliert man schnell die eigene Glaubwürdigkeit“ ergänzte der GEW-Landesvorsitzende Brandt.

In Arbeitsgruppen wurde über einzelne Forderungen ausgiebig diskutiert. So wird im Entwurf das Verbot der Leiharbeit verlangt, einige Linken-Mitglieder sprechen gar von „Sklaverei“. „Soweit würde ich nicht gehen“, sagte Tölle, denn eine befristete Stellenbesetzung etwa im Fall von Schwangerschaftsvertretungen sei natürlich sinnvoll. Der DGB-Vorsitzende forderte außerdem „ein Bekenntnis zur Spitzenforschung und zur hochqualifizierten Produktion in Niedersachsen“, dies vermisse er im Entwurf. Mehrere Linken-Mitglieder entgegneten, dies dürfe natürlich die Rüstungsforschung nicht einschließen. Andere meinten, man solle den niedersächsischen Häfen generell verbieten, mit Rüstungsgütern zu handeln.

Auch die Arbeitszeitverkürzung beschäftigt die Linken, im Programmentwurf wird eine 35-StundenWoche bei vollem Lohnausgleich, langfristig gar eine 30-Stunden-Woche anvisiert. „Dazu müssen wir uns als Linke bekennen“, bekräftigte der hannoversche Linken-Ratsherr Veli Yildirim. „Dafür findet ihr aber bei den Gewerkschaften zur Zeit nicht viel Applaus“, entgegnete Tölle. Zum einen sei das Sache der Tarifpartner, zum anderen verkenne diese Haltung, wie schwer es für die IG Metall derzeit im Kontakt mit den Arbeitgebern sei, überhaupt die 35-Stunden-Woche zu halten. „Mir fehlt der Glaube, über ein Arbeitszeitgesetz die Sache regeln zu können.“ Auch der Satz im Linken-Programmentwurf, das Rentenniveau langfristig auf 53 Prozent (gemessen am Durchschnittseinkommen) anzuheben, wird von Tölle gerügt: „Es nützt nichts, das zu fordern und gleichzeitig nicht realistisch darlegen zu

können, wie man es finanzieren will – ohne die Rentenbeiträge enorm anheben zu müssen.“ Ein Problem habe er darüber hinaus mit Positionen der Linken, jegliches Freihandelsabkommen abzulehnen. „Unsere Arbeitsplätze sind nun mal vom Welthandel abhängig.“ Tölle meinte in Anspielung auf den geringen Prozentsatz der Linken in den aktuellen Meinungsumfragen: „Wenn Ihr all das fordert, werdet Ihr Probleme haben, mehr zu werden als das, was Ihr seid.“

Auch GEW-Chef Brandt fand deutliche Worte der Kritik. Wenn die Linke immer wieder auf mögliche und umständliche Bundesratsinitiativen verweise, zeige das nur, dass sie die Spielräume der Landespolitik nicht erkannt habe. In seiner Arbeitsgruppe hatte ein Linken-Mitglied die – bisher nicht in den Programmentwurf aufgenommene – Forderung, das Gymnasium abzuschaffen und die Einheitsschule verpflichtend vorzusehen. „Das halte ich für dumm“, sagte Brandt, denn man könne nicht das Gymnasium verbieten wollen, wenn 60 Prozent der Eltern diese Schulform für ihre Kinder bevorzugten. Brandt warnte auch davor, sich zum Schutzpatron aller kleinen Grundschulen aufschwings zu wollen. 40 Prozent der Schulen hätten heute weniger als sieben VollzeitlehrerEinheiten – und es sei enorm schwierig für Lehrer in einem kleinen Kollegium, auf die Dauer fachlich qualifizierten Unterricht anbieten zu können. Dann sei es besser, Mini-Grundschulen zu schließen und lieber ein besseres Angebot an Schulbusverkehr zu schaffen.

„Heiner sinniert„

Kein Anschluss unter dieser Nummer.

Diese alte Telefonansage kommt einem in den Sinn, wenn man als Bürger des Landkreises auf Antwort aus Hannover wartet.

Da beklagen Bürger der Gemeinde Handeloh, Ortsteil Flidderberg, bereits vor Monaten die stark zunehmende Einbruchskriminalität in ihrem Viertel. Man schreibt in großer Sorge an Ministerpräsident Weil (SPD) und an Innenminister Pistorius (SPD), auf die Antworten warten die Bürger heute noch.

Da beschwerten sich die Sprecher der drei größten Polizeigewerkschaften des Landkreises Harburg über die schlechte Personallage im Landkreis. Das war ein Hilfeschrei, aber auch heute, wochenlang danach, keine Antwort. Der Landkreis Harburg muss offenbar auch weiterhin mit den wenigen Polizisten auskommen. Es sei aber an dieser Stelle gesagt, trotz der problematischen Lage leistet unsere Polizei hervorragende Arbeit, aber eben leider am physischen und psychischen Limit.

Da halten die Bürger aus dem lärmgeplagten Hollenstedt den Dienstweg ein und beklagen sich bei den zuständigen Behörden über die hohe Lärmbelastung an der A1. Geholfen hat es nichts. Jetzt hagelt es Petitionen in Hannover. Immerhin habe ich eine mündliche Antwort auf meine Einladung an Verkehrsminister Lies zur „Hörprobe“ erhalten. Er wird kommen, nur wann das hat er nicht gesagt.

Ich gehe davon aus, dass es spätestens nach dem 14. Januar 2018 Antworten geben wird, dann von einer CDU geführten Landesregierung.

Deutsche Gorodki-Weltmeisterschaft

Gestern hatte ich die große Ehre die Siegerehrung bei den ersten Deutschen Gorodki-Meisterschaften vorzunehmen.

Seit vielen Jahren hat der SV Todtglüsing ein Naturstadion auf der dieser Mannschaftssport aus Russland gespielt werden kann.

Der Grundgedanke des Spiels ist es, fünf Holzklötzchen die zu bestimmten Figuren aufgebaut werden, mit einem Wurfstock aus einer bestimmten Entfernung von ihrem Platz aus dem abgegrenzten Spielfeld zu schlagen. Ziel ist es, hierfür möglichst wenig Versuche zu benötigen.



Edwin Feser, Vizepräsident European Gorodki
Eike Holtzhauer, 2. Vorsitzender SV Todtglüsing
Heiner Schönecke
Renate Preuß, 1. Vorsitzende SV Todtglüsing

In der Mitte die stolzen Deutschen Meister in der Rubrik "Gemischte Paare" Diane und Konstantin Krivoscheew



Hier finden Sie den Landtagsabgeordneten im Juni 2017

(Änderungen vorbehalten, Stand 31.05.2017)

31. Mai.	19:00	Spargelesen und Politik mit Bernd Althusman Meyerhof Tostedt Um Anmeldung wird gebeten - 04182 28480
2. Jun.	10:00	Treffen mit der japanischen Wirtschaftsdelegation Nedo Wirtschaftsministerium Hannover
6. Jun.	13:00	CDU-Landtagsfraktion - Landtag Hannover
7. Jun.	9:00	Haushaltsausschuss - Landtag Hannover
	18:30	Niedersachsens hellsten Köpfe - Barsinghausen
9. Jun.	13:00	Tagung des Vorstandes der Nds. Sparkassenstiftung - Kiekeberg
11. Jun.	11:00	Bieranstich - Flohmarkt Wistedt
12. Jun.	10:00	CDU-Landtagsfraktion - Landtag Hannover
13. Jun.		Plenum
	19:00	Parlamentarischer Abend der Klosterkammer - Hannover
14. Jun.		Plenum
	19:00	Parlamentarischer Abend Beamten Bund Niedersachsen
15. Jun.		Plenum
	19:00	19:00 Parlamentarischer Abend Städtetag
16. Jun.		Plenum
	19:00	EWE - Oldenburg
17. Jun.	10:00	100 Jahre Volksbank Elstorf
	16:00	CDU-Fußballturnier - Sportanlage TSV Elstorf
	19:00	Musikfestspiele - Bötersheim
18. Jun.	9:00	Eierfeier der Firma Schönecke Taterberg - Elstorf Ardestorf
19. Jun.	10:00	EWE - Oldenburg
	19:00	CDU-Kreisvorstand - Hotel Maack Maschen
20. Jun.	11:00	Tag der offenen Tür - Zukunftswerkstatt Buchholz
21. Jun.	14:00	CDU-Hannover - Wilfried-Hasselmann-Haus
23. Jun.	9:00	Bingo Kuratorium - Hannover
	15:00	Schützenfest Elstorf
24. Jun.		Schützenfest Elstorf
25. Jun.	9:00	Empfang der Fahrradkompanie Hollenstedt mit Bernd Althusmann Hof Schönecke - Elstorf
	11:00	Schützenfrühstück
26. Jun.	17:00	Koop-Sitzung - Kreishaus Winsen
28. Jun.	10:00	EWE - Oldenburg

Der Spruch am Ende

„Es ist ein Vorrecht von Politikern, stolz auf Dinge zu sein wo die eigene Leistung bei null liegt“
Gregor Gysi, , MdB, DieLinke

Heiner Schönecke für Sie im Niedersächsischen Landtag

Möchten Sie Heiner Schönecke im Landtag in Hannover besuchen?

Bitte schreiben Sie uns oder rufen Sie an, damit wir einen Termin vereinbaren können:

Möchten Sie oder Ihre Freunde und Bekannte den „Landtag – aktuell“ per E-Mail beziehen, oder möchten Sie aus dem Verteiler gelöscht werden, so genügt eine kurze Mitteilung an mein Wahlkreisbüro:

**Wahlkreisbüro Heiner Schönecke
Fliegenmoor 24
21629 Neu Wulmstorf-Elstorf
Tel. 04168 / 91 31 31
Fax 04168 / 91 31 98
E-Mail: heiner@schoenecke.de**

... und hierüber hat der Landtagsabgeordnete heute gelacht:

„Schreiben Sie bitte `WICHTIG´ ganz groß draußen drauf.
Ich möchte, dass alle im Betrieb informiert sind.“

„Ist es dann nicht besser wenn man drauf schreibt
`GEHEIMSACHE - STRENG VERTRAULICH´?“

Quellen z.T.: „Rundblick“, NSGB, IWD, Ratsbrief, Rathaus und Umwelt)